

Niederschrift

**über die 21. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für
Finanzen und Beteiligungen am Mittwoch, 30.10.2024 um 17:00 Uhr, im
Bürgersaal des Bürgerhauses (Mittelstraße 40 in 40721 Hilden) ()**

Anwesend waren:

Vorsitz

Herr Rainer Schlottmann CDU

Ratsmitglieder

Frau Nicole Anfang CDU

Frau Susanne Brandenburg CDU

Herr Christian Gartmann CDU

Herr Ramon Kimmel CDU

Herr Dominik Stöter SPD

Herr Klaus-Dieter Bartel Bündnis 90/Die Grünen

Frau Annegret Gronemeyer Bündnis 90/Die Grünen

Herr Thomas Remih FDP

Herr Prof. Dr. Ralf Bommermann AfD

Herr Kevin Buchner SPD

Frau Marianne Münnich Bündnis 90/Die Grünen Vertretung für Herrn Peter Münnich

Frau Anne Kathrin Stroth SPD Vertretung für Herrn Carsten Wannhof

Sachkundige Bürger/innen

Herr Sven Rohde SPD

Ratsmitglieder

Herr Ralf Peter Beier BÜRGERAKTION

Sachkundige Bürger/innen

Herr Axel Behner Allianz für Hilden

Von der Verwaltung

Herr Dr. Claus Pommer Bürgermeister

Frau Beigeordnete Mona Wolke-Ertel Stadt Hilden

Herr 1. Beigeordneter Sönke Eichner Stadt Hilden

Frau Susanne Enke Stadt Hilden

Frau Andrea Förster Stadt Hilden

Herr Beigeordneter Peter Stuhlträger Stadt Hilden

Frau Natalie Talheimer Stadt Hilden

Herr Martin Widersprecher Leiter des Amtes für Finanzservice

Ämter

Frau Christine Kaiser Beratungs- und Prüfungsamt

Tagesordnung:

Eröffnung der Sitzung

Änderungen zur Tagesordnung

Einwohnerfragestunde

- 1 Befangenheitserklärungen
- 2 Haushalts- und Gebührenangelegenheiten
 - 2.1 Workshop Haushalt 2025 (ehem. TOP 2.3)
WP 20-25 SV 20/208
 - 2.2 Grundsteuerreform 2025 (ehem. TOP 2.1)
WP 20-25 SV 20/206
 - 2.3 Statusbericht Haushaltsbewirtschaftung zum Stichtag 30.09.2024 (ehem TOP 2.2)
WP 20-25 SV 20/207
- 3 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen
- 4 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende, Rm Herr Schlottmann, eröffnete um 17:00 Uhr die Sitzung und begrüßte die anwesenden Mitglieder des Gremiums, die Vertreter der Presse und die erschienenen Zuhörerinnen und Zuhörer. Er stellte fest, dass die Unterlagen form- und fristgerecht zugegangen sind.

Änderungen zur Tagesordnung

Es ergaben sich folgende Änderungen zur Tagesordnung:

Der TOP 2.3 Workshop Haushalt 2025 wurde vorgezogen und als TOP 2.1 behandelt. Die Reihenfolge der Tagesordnungspunkte zum Punkt Haushalts- und Gebührenangelegenheiten änderte sich somit folgendermaßen:

- TOP 2.1 Workshop Haushalt 2025 (urspr. TOP 2.3)
- TOP 2.2 Grundsteuerreform 2025 (urspr. TOP 2.1)

TOP 2.3 Statusbericht Haushaltsbewirtschaftung z. Stichtag 30.09.2024 (urspr.TOP 2.2)

Die Ausschussmitglieder beschlossen die geänderte Tagesordnung.

Einwohnerfragestunde

Es wurden keine Fragen gestellt.

1 Befangenheitserklärungen

Es erklärte sich niemand für befangen.

2 Haushalts- und Gebührenangelegenheiten

2.1 Workshop Haushalt 2025 (ehem. TOP 2.3)

WP 20-25 SV
20/208

Kämmerer Herr Widersprecher stellte die als Anlage zur Niederschrift beigefügte Präsentation zur Haushaltssituation 2025 ff. vor. Er hob hervor, dass die Verwaltung die zwingende Notwendigkeit von Einsparungen für die kommenden Haushaltsjahre bereits über verschiedenste Konsolidierungsmaßnahmen im Entwurf des Haushaltsplans 2025ff. dargestellt habe. Die einzelnen Vorschläge der Verwaltung seien in den jeweiligen Produktbeschreibungen aufgeführt worden, um eine entsprechende Transparenz der Sparmaßnahmen zu gewährleisten.

Er versicherte, dass seitens der Verwaltung der Wille zu konsequentem Sparen vorhanden sei und wies darauf hin, dass er bereits in diesem Jahr zusätzlich zum globalen Minderaufwand eine 10%ige Haushaltsbewirtschaftungssperre erlassen habe. Jede Beschaffung über 1.000,- € werde von ihm zudem persönlich freigegeben oder ggf. auch nicht. Es werde sehr wohl überlegt, was notwendigerweise angeschafft werden müsse oder geschoben werden könne.

Kämmerer Herr Widersprecher betonte, dass dies eine enorme Belastung für die Verwaltung darstelle.

Im Folgenden ging Kämmerer Herr Widersprecher insbesondere auf die in den letzten Jahren entstandenen Auswirkungen der Sondereffekte (Isolierungseffekte Corona) seitens der Stadt Hilden und auch des Kreises Mettmann ein, stellte die Prognose für das laufende Haushaltsjahr dar und wies darauf hin, dass man auf viele Positionen keinen Einfluss habe (wie z.B. Kreisumlage, Kitazuschüsse).

Weiterhin erläuterte er, dass in den Folgejahren ein erheblicher Belastungsfaktor durch den steigenden Zinsaufwand entstehe. Bisher war die Stadt mit nur 16 Mio. € Investitionskrediten in einer relativ guten Finanzlage, jedoch zeichne sich ab, dass nicht nur die Summe der Investitionskredite steige, sondern auch der Verwaltungsaufwand nicht mehr ohne Kredite zu finanzieren sei. Inflationsbedingt seien auch die Zinsen für Kredite gestiegen, was den Haushalt zusätzlich belaste.

Nun stelle sich die Frage, wann die Stadt Hilden in die Haushaltssicherung komme. Kämmerer Herr Widersprecher betonte, dass auch bei einem Haushaltssicherungskonzept (HSK)

niemand dem Rat die Entscheidung abnehme, wo letztendlich gespart werde.

Nach der derzeitigen Betrachtung würde man mit der Aufstellung des Haushalts 2027 gleichzeitig ein HSK aufstellen müssen, jedoch sei man nach aktueller Lage bereits sehr nah an einer Aufstellungspflicht für das Jahr 2026.

Zum Thema Kreisumlage erklärte Kämmerer Herr Widersprecher die Auswirkungen des „Monheim -Effektes“ auf die Entwicklung der Kreisumlage insgesamt und führte aus, dass aufgrund dieses Effektes und der gesunkenen Steuerkraft der Stadt Hilden, sich der Anteil an der Kreisumlage für das Jahr 2025 verringere. Jedoch seien für das Jahr 2026 und für die Folgejahre weiterhin nicht nur steigende Anteile an der Kreisumlage einzuplanen, sondern auch die anhaltend steigenden Transferaufwendungen zu finanzieren.

Bei der Einbringung des Haushaltsentwurfs sei man davon ausgegangen, dass die Erhöhung der Steuererträge von 2 Mio. € unter Anwendung des differenzierten Hebesatzes bei der Grundsteuer erreicht werde. Zwischenzeitlich läge ein weiteres Rechtsgutachten vor, wodurch sich die Rechtsunsicherheit hinsichtlich des differenzierten Hebesatzes deutlich steigere. Kämmerer Herr Widersprecher betonte, dass es mittlerweile kaum Kommunen gebe, die eine Differenzierung für das Jahr 2025 vornehmen werden. Somit müsse man die Situation insgesamt neu bewerten. Alternativen zum ursprünglichen Vorschlag würden mit der heutigen Vorlage dargestellt.

Beigeordneter Herr Stuhlträger ergriff das Wort und präsentierte am Beispiel konkreter Hildener Grundstücke eine Aufstellung, welche Auswirkungen sich bei welchem Hebesatz auf die einzelnen Beispiel-Grundstücke ergeben.

Die Verwaltung schlage vor, im Jahr 2025 auf einen differenzierten Hebesatz zu verzichten und das Jahr 2025 zu nutzen, um einerseits Erfahrungen zu differenzierten Hebesätzen zu sammeln - insbesondere auch hinsichtlich der Widerspruchslage bei Städten, welche die Differenzierung dann bereits vorgenommen haben - und auch um die technische Umsetzung mit der notwendigen Software durchführen zu können. Bisher sei dies nicht möglich, da der technische Dienstleister für die Finanzsoftware frühestens Anfang Dezember ein entsprechendes Update einspielen könne. Erfahrungsgemäß müsse man davon ausgehen, dass nach einem solchen Update noch Fehler enthalten seien. Nach erfolgtem Update müssen dann Abweichungen zwischen den Daten des Landes und den städtischen Daten geklärt werden. Unter diesen Umständen sei es nahezu unmöglich ein solches Massengeschäft innerhalb kürzester Zeit abzuwickeln, so dass die rd. 20.000 Bescheide bis spätestens 15.01.2025 zugestellt seien. Bei all diesen Schwierigkeiten bräuchte man nicht noch zusätzliche Schwierigkeiten durch die Differenzierung. Daher empfehle die Verwaltung, nicht zu differenzieren, sondern mit einem Hebesatz von 830 die angestrebten 2 Mio. € zu erzielen. Man könne sehen, dass bei den Mietwohnungen auch bei einem Hebesatz von 830 die Mieter*innen entlastet würden, man allerdings die Eigentümer von Einfamilienhäusern höher belaste.

Im Anschluss wurden die Gremiumsmitglieder aufgefordert, ihre Fragen hinsichtlich des Haushaltsworkshops zu stellen.

Rm Frau Anfang, CDU, stellte zwei Anfragen der CDU-Fraktion vor, welche sie der Verwaltung schriftlich einreichen werde. Die Anfragen wurden im Nachgang zur Sitzung schriftlich eingereicht und von der Verwaltung entsprechend beantwortet.

Rm Herr Remih, FDP, erklärte, ihm fehle in der gesamten Haushaltsbetrachtung ein Gesamtkonzept. Die Anstrengungen der Verwaltung seien sehr positiv zu betrachten, jedoch sei die notwendige „Einsparung“ von 20 Mio.€ nicht über kleine Einzelmaßnahmen in den Produkten zu erreichen.

Der von der FDP-Fraktion im letzten Jahr eingebrachte Leitbild-Antrag zur strategischen Ausrichtung der Stadt, war mehrheitlich nicht gewollt. Man führe bestehende Projekte weiter wie bisher fort, weil man einen Hildener Standard halten wolle/müsse, obwohl man sich diesen

nicht mehr leisten könne. Hier fehle es an der Vorlage strategischer Konzepte (zum Bsp. im OGS Bereich), um zusammen mit der Politik Einsparpotentiale aufzudecken und mit neuen Konzepten (z.B. auch über interkommunale Zusammenarbeit) strategisch mehr einsparen zu können.

Er gab zu bedenken, dass mit einer Erhöhung der Gewerbesteuer die Gefahr der Abwanderung von Firmen drastisch steige.

Es meldete sich Rm Herr Bommermann, AfD, zu Wort und stellte die Frage an Kämmerer Herrn Widersprecher, ob er mit der in 2024 ausgesprochene Haushaltsbewirtschaftungssperre von 10% auch sofort im Jahr 2025 starten werde. Dies bejahte der Kämmerer.

Rm Herr Kimmel, CDU, fragte nach, wie das Dezernat III nach Ausscheiden von Frau Neisser und dem nicht Wiederbesetzen der Stelle jetzt und zukünftig mit der Akquise von Fördermitteln umgehe.

Beigeordneter Herr Eichner erklärte, dass sich der Kulturbereich selbst um seine Fördermittel kümmere und im Bereich Jugendförderung und im Asylbereich gebe es eine „Nachbesetzung“, welche schwerpunktmäßig die Fachaufgaben des Amtes betreue, aber keine Akquise für das gesamte Dezernat durchführe.

Rm Herr Beier, BA, bat darum, eine Liste mit allen Konsolidierungsmaßnahmen zu bekommen, da die Auflistung in den einzelnen Produkten zu unübersichtlich sei. Zudem fragte er nach der Zusammenstellung der Änderungen durch die Fachämter. Abschließend wollte er wissen, welchen Spielraum die Stadt habe, die für 2026 drohende Haushaltssicherung abzuwenden.

Kämmerer Herr Widersprecher sagte die Übermittlung der Zusammenstellungen zu und erklärte, dass die Verwaltung zurzeit noch ein Delta habe, welches sie vor der Haushaltssicherung bewahre, jedoch hänge dies auch vom Ergebnis des kommenden Jahresabschlusses ab.

Frau Brandenburg, CDU, erkundigte sich, inwieweit die in 2021 von der CDU beantragte Stelle „Gewerbesteuerprüfdienst“ erfolgreich sei.

Kämmerer Herr Widersprecher erklärte, dass die Stelle erfolgreich besetzt worden sei und seitdem die Teilnahme an Betriebsprüfungen stattgefunden habe. Er gehe davon aus, dass durch die geschaffene Stelle positive Effekte erzielt worden seien, nicht nur hinsichtlich der Gewerbesteuer, sondern auch im Vergnügungssteuerbereich.

Rm Herr Beier, BA, bemerkte, dass in der Darstellung der Beteiligungserträge nur die Ausschüttung der SSK HRV fest geplant sei. Er fragte nach, ob es in der Konzernstruktur bei den Tochterunternehmen noch Potential gäbe, damit weitere Erträge erreicht werden könnten.

Beigeordneter Herr Stuhlträger erläuterte, dass man sich noch im laufenden Prozess der Abstimmung mit den Töchtern befände, jedoch noch nicht am Ziel sei, bei dem, was man sich vorstelle. Es sei richtig, dass bisher alles „von unten“ zur SHB käme und „von oben“ (also Stadt) das Defizit zur Finanzierung der Sportstätten übernommen werde. Man werde auch zukünftig keine Erträge seitens der Stadtwerke im Haushalt finden, sondern lediglich eine Reduzierung der Zuwendungen für die SHB erreichen. Ziel sei es, weitere 500T€ einzusparen, also 500T€ weniger an die SHB zu geben.

Rm Herr Beier, BA, erwiderte, dass dies eine der Maßnahmen sei, welche sofort einen Ertrags- als auch einen Liquiditätseffekt habe. Er wolle wissen, warum man den Töchtern nicht die Vorgabe mache, z.B. 1 Mio.€ oder 0,5 Mio.€ mehr zu erbringen. Grundsätzlich sehe er es aber positiv, dass man noch nicht am Ende der Diskussion sei.

Rm Herr Schlottmann, CDU, gab zu bedenken, welche Aufgaben man an die Tochtergesell-

schaften ausgelagert habe. Wenn 1 Mio.€ mehr an die Stadt gehen soll, würden unweigerlich die Eintrittsgelder für Schwimmbäder, die Miete der Stadthalle, Gas, Parken usw. steigen. Man müsse genau abwägen, was die Bürger dann mehr zahlen müssten.

Rm, Herr Beier, BA, stimmte RM Herrn Schlottmann, CDU, in seinen Ausführungen zu. Die von ihm genannten Zahlen seien mehr provokativ gemeint - er sehe, dass ein intensiver Austausch zu diesem Thema stattfände.

Der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen nahm den Bericht zum Haushalt 2025 zur Kenntnis.

Rm Herr Bartel, Bündnis90/Die Grünen, betonte, es sei wichtig, die Grundsteuer nicht nochmal zu erhöhen. Er fände es gut, wenn die Differenzierung nicht erfolge, die rechtliche Problematik sei in der Vorlage ausführlich dargelegt worden.

Vielmehr solle die Gewerbesteuer erhöht werden, das sei seit 20 Jahren nicht geschehen.

Er verwies auf den entsprechenden Antrag seiner Fraktion.

Rm Herr Stöter, SPD, bemerkte, dass die Sitzungsvorlage teilweise schwer verständlich und unübersichtlich sei und bedankte sich daher für die vorgetragenen Beispiele.

Zum Thema Gewerbesteuer spreche sich seine Fraktion für den Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen aus.

Bei der Grundsteuer B folge seine Fraktion den Ausführungen der Verwaltung zum einheitlichen Steuersatz. Es sei aber wichtig, dass das Ganze für die Bürger fair und ausgewogen gestaltet werde, dafür seien die Rechenbeispiele, die heute präsentiert wurden wichtig, um nochmals eine Diskussion innerhalb der Fraktion führen zu können. Man sehe sich heute nicht in der Lage zur Grundsteuer abzustimmen und würde die Entscheidung am Ende der Diskussion vertagen wollen.

Rm Herr Kimmel, CDU, führte aus, dass man die ursprüngliche Differenzierung des Hebesatzes gut fände und es schade sei, dass dies nun für ein Jahr verschoben werden solle.

Entgegen aller Bedenken der Verwaltung sei er der Meinung, dass es zwar ein ambitioniertes Projekt sei, die Verwaltung die (technischen) Probleme aber lösen und die Umsetzung schaffen könne. Daher beantrage seine Fraktion die Einführung eines differenzierten Hebesatzes (Variante 1).

Zum Thema Gewerbesteuer bemerkte er, dass es eine wirtschaftlich schwierige Situation in Deutschland sei und er glaube auch nicht, dass sich das ändere. In dieser Situation Steuern zu erhöhen, halte er für falsch. Eine Steuererhöhung führe nicht unweigerlich zu höheren Einnahmen, da die Unternehmen aus Hilden weggehen könnten. Dieses Risiko wolle man nicht eingehen. Daher beantrage seine Fraktion, die Gewerbesteuer auf dem derzeitigen Hebesatz zu belassen.

Rm Herr Remih, FDP, stellte fest, dass niemand darauf hingewiesen habe, dass man sich den Standard, den man sich leiste, nicht mehr leisten könne. Man brauche ein strategisches Leitbild. Mit neuen strategischen Konzepten ergebe sich ein größeres Einsparpotential. Dieses läge in den freiwilligen Leistungen, insbesondere im Dez III. Daran müssten alle zusammen mit Herrn Eichner arbeiten. Man könne sich das, was man sich aufgebaut habe, so nicht mehr leisten.

Rm Herr Prof. Bommermann, AfD, erklärte, dass es mit seiner Fraktion keine Steuererhöhungen geben werde. Ein entsprechender Antrag, die derzeitigen Hebesätze beizubehalten, werde eingereicht.

Rm Herr Stöter, SPD, führte aus, dass es richtig sei, dass man am Hildener Standard drehen müsse. Genau das habe die Verwaltung vorgeschlagen, jedoch habe er in den Vorjahren die Erfahrung gemacht, dass die einzelnen Verwaltungsvorschläge in den entsprechenden Ausschüssen „kassiert“ wurden.

Abschließend sprach sich Rm Herr Beier, BA, auch für eine Vertagung der Entscheidung zu diesem TOP aus.

Auf Nachfrage des Vorsitzenden Herrn Schlottmann, CDU, stimmten alle Mitglieder des Gremiums der Vertagung dieses TOP auf den 27.11.2024 zu.

Der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen nahm den Statusbericht zur Haushaltsbewirtschaftung zum Stichtag 30.09.2024 zur Kenntnis.

Beschlussvorschlag für den Rat der Stadt Hilden:

Der Rat der Stadt Hilden nimmt den Statusbericht zur Haushaltsbewirtschaftung zum Stichtag 30.09.2024 zur Kenntnis.

3 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen

Keine.

4 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

Seitens der CDU-Fraktion wurden bereits unter dem TOP 2.1 (ehemals 2.3) Workshop Haushalt 2025 Anfragen zum Haushalt gestellt und der Verwaltung überreicht.

Ende der Sitzung: 18:45 Uhr

Rainer Schlottmann / Datum
Vorsitzender

Andrea Förster / Datum
Schriftführerin

Gesehen:

Dr. Claus Pommer / Datum
Bürgermeister

Peter Stuhlträger / Datum
Beigeordneter